

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/85

"Auswirkungen des Bildungsfinanzierungsgesetzes auf den Schulgeldausgleich für Schulen der Altenpflege und Altenpflegehilfe"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/85 vom 14.11.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/511 des BI vom 21.01.2014
3. Beschluss des Plenums 17/586 vom 05.02.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 05.02.2014



Antrag

der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher SPD**

Auswirkungen des Bildungsförderungsgesetzes auf den Schulgeldausgleich für Schulen der Altenpflege und Altenpflegehilfe

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege zeitnah zu den Auswirkungen der neuen Regelungen für Zuschüsse an die Träger privater Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe zu berichten.

Dabei soll insbesondere auf die folgenden Fragen eingegangen werden:

1. Wie viele private Berufsfachschulen für Altenpflege erhoben im Schuljahr 2012/2013 sowie zu Beginn des Schuljahrs 2013/2014 Schulgeld?
 - 1.1 Wie hoch war das Schulgeld für jede einzelne Schule der Altenpflege jeweils im Schuljahr 2012/2013 und im Schuljahr 2013/2014?
2. Wie viele private Berufsfachschulen für Altenpflegehilfe erhoben im Schuljahr 2012/2013 sowie zu Beginn des Schuljahrs 2013/2014 Schulgeld?
 - 2.1 Wie hoch war das Schulgeld für jede einzelne Schule der Altenpflegehilfe jeweils im Schuljahr 2012/2013 und im Schuljahr 2013/2014?
3. Für wie viele Klassen einer staatlich anerkannten Berufsfachschule erhielten bzw. erhalten die Träger in den Schuljahren 2012/2013 und 2013/2014 einen klassenbezogenen Zuschuss nach Punkt 3.1. der Bekanntmachung 2236.4.1-UK?
 - 3.1 Bitte für jede einzelne Schule der Altenpflege und der Altenpflegehilfe jeweils die Zahl der Klassen, die Klassengröße und den Förderbeitrag angeben!
4. Wie viele Schulen einer lediglich genehmigten Berufsfachschule für Altenpflege oder Altenpflegehilfe erhielten den reduzierten Satz von 65 v.H. des klassenbezogenen Zuschusses für staatlich anerkannte Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe?
 - 4.1 Bitte für jede einzelne Schule der Altenpflege und der Altenpflegehilfe jeweils die Zahl der Klassen, die Klassengröße und den Förderbeitrag angeben!

5. Wie hoch (in absoluten Eurobeträgen) war bzw. ist der schulbezogene Sockelbetrag nach Punkt 3.2 der Bekanntmachung 2236.4.1-UK für die Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014?
 - 5.1 Bitte für jede einzelne staatlich anerkannte bzw. genehmigte Schule der Altenpflege und der Altenpflegehilfe jeweils einzeln angeben!
6. Wie hoch waren in den Schuljahren 2010/2011 und 2011/2012 jeweils die nach Tit. 684 16 im Epl. 05 des Doppelhaushalts ausgeschütteten Mittel?
 - 6.1 Wie viele Anträge auf Förderung wurden in den beiden Schuljahren jeweils gestellt, wie viele davon wurden abgelehnt?
7. Wie viele Schülerinnen und Schüler besuchten jeweils zum Jahresende 2010, 2011, 2012 und 2013 in Bayern eine staatlich anerkannte bzw. staatlich genehmigte Berufsfachschule für Altenpflege oder Altenpflegehilfe?
 - 7.1 Wie viele Absolventinnen und Absolventen beendeten in den Abschlussjahren 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 in Bayern die Ausbildung in Altenpflege oder Altenpflegehilfe?
 - 7.2 Wie viele Schülerinnen und Schüler haben in den Ausbildungsjahren 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 in Bayern ihre Ausbildung in Altenpflege oder Altenpflegehilfe abgebrochen?
8. Wie beurteilt die Staatsregierung die Ergebnisse zu den Fragen 1 bis 7 im Hinblick auf den bereits jetzt gegebenen Mangel an qualifizierten Kräften in der Altenpflege?

Begründung:

In Beantwortung der Schriftlichen Anfrage Drs. 16/12726 führte die Staatsregierung aus, dass im Herbst 2011 von insgesamt 73 privaten Berufsfachschulen für Altenpflege 58 Schulen Schulgeld und 13 Schulen kein Schulgeld erhoben. Von den insgesamt 67 privaten Berufsfachschulen für Altenpflegehilfe erhoben 47 Schulgeld und 16 kein Schulgeld. Mit Bekanntmachung 2236.4.1-UK vom 29. November 2011 hat das Staatsministerium für Unterricht und Kultus die Zuschüsse an die Träger privater Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe neu geregelt. Im Doppelhaushalt 2013/2014 sind im Epl. 05 Tit. 684 16 dafür jährlich 12 Mio. Euro vorgesehen. Diese zusätzlichen Zuschüsse sollen gemäß Erläuterungen im Haushaltspunkt 05 (S. 71) dazu dienen, das Schulgeld an den

privaten Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenhilfe zu reduzieren. In ihrem Entwurf für ein Bildungsfinanzierungsgesetz vom 13. März 2013 (LT-Drs. 16/15926) hat die Staatsregierung einen sogenannten Pflegebonus als Schulgeldersatz für Altenpflegeschulen vorgesehen.

Dafür wurden in den Einzelplan 05 des Doppelhaushalts 2013/2014 für das Jahr 2013 zusätzlich 1.062 Tsd. Euro und für das Jahr 2014 zusätzlich 4.455 Tsd. Euro eingesetzt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Drs. 17/85

Auswirkungen des Bildungsfinanzierungsgesetzes auf den Schulgeldausgleich für Schulen der Altenpflege und Altenpflegehilfe

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Im Eingangssatz wird nach dem Komma das Wort „im“ durch die Worte „schriftlich dem Ausschuss für Bildung und Kultus sowie dem“ ersetzt.
2. Es wird folgende Nr. 9 angefügt:
 9. „Wie viele berufliche Schulen haben vom Pflegebonus profitiert, der im Bildungsfinanzierungsgesetz angekündigt wurde und als zusätzliches und weiteres Element der Schulfinanzierung für Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe bezeichnet wurde, und warum? Wie waren und sind die Auszahlungsmodalitäten? Wie viele Absolventen haben vom Absolventenbonus profitiert, der im Bildungsfinanzierungsgesetz für Absolventen beruflicher Schulen angekündigt wurde?“

Berichterstatterin:
Mitberichterstatter:

Kathi Petersen
Tobias Reiß

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Antrag mitberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 4. Sitzung am 5. Dezember 2013 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Antrag in seiner 4. Sitzung am 21. Januar 2014 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Martin Güll
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher SPD**

Drs. 17/85, 17/511

Auswirkungen des Bildungsfinanzierungsgesetzes auf den Schulgeldausgleich für Schulen der Altenpflege und Altenpflegehilfe

Die Staatsregierung wird aufgefordert, schriftlich dem Ausschuss für Bildung und Kultus sowie dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege zeitnah zu den Auswirkungen der neuen Regelungen für Zuschüsse an die Träger privater Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe zu berichten.

Dabei soll insbesondere auf die folgenden Fragen eingegangen werden:

1. Wie viele private Berufsfachschulen für Altenpflege erhoben im Schuljahr 2012/2013 sowie zu Beginn des Schuljahres 2013/2014 Schulgeld?
 - 1.1 Wie hoch war das Schulgeld für jede einzelne Schule der Altenpflege jeweils im Schuljahr 2012/2013 und im Schuljahr 2013/2014?
 2. Wie viele private Berufsfachschulen für Altenpflegehilfe erhoben im Schuljahr 2012/2013 sowie zu Beginn des Schuljahrs 2013/2014 Schulgeld?
 - 2.1 Wie hoch war das Schulgeld für jede einzelne Schule der Altenpflegehilfe jeweils im Schuljahr 2012/2013 und im Schuljahr 2013/2014?
 3. Für wie viele Klassen einer staatlich anerkannten Berufsfachschule erhielten bzw. erhalten die Träger in den Schuljahren 2012/2013 und 2013/2014 einen klassenbezogenen Zuschuss nach Punkt 3.1. der Bekanntmachung 2236.4.1-UK?
 - 3.1 Bitte für jede einzelne Schule der Altenpflege und der Altenpflegehilfe jeweils die Zahl der Klassen, die Klassengröße und den Förderbeitrag angeben!
 4. Wie viele Schulen einer lediglich genehmigten Berufsfachschule für Altenpflege oder Altenpflege-
- gehilfe erhielten den reduzierten Satz von 65 v.H. des klassenbezogenen Zuschusses für staatlich anerkannte Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe?
- 4.1 Bitte für jede einzelne Schule der Altenpflege und der Altenpflegehilfe jeweils die Zahl der Klassen, die Klassengröße und den Förderbeitrag angeben!
 5. Wie hoch (in absoluten Eurobeträgen) war bzw. ist der schulbezogene Sockelbetrag nach Punkt 3.2 der Bekanntmachung 2236.4.1-UK für die Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014?
 - 5.1 Bitte für jede einzelne staatlich anerkannte bzw. genehmigte Schule der Altenpflege und der Altenpflegehilfe jeweils einzeln angeben!
 6. Wie hoch waren in den Schuljahren 2010/2011 und 2011/2012 jeweils die nach Tit. 684 16 im Epl. 05 des Doppelhaushalts ausgeschütteten Mittel?
 - 6.1 Wie viele Anträge auf Förderung wurden in den beiden Schuljahren jeweils gestellt, wie viele davon wurden abgelehnt?
 7. Wie viele Schülerinnen und Schüler besuchten jeweils zum Jahresende 2010, 2011, 2012 und 2013 in Bayern eine staatlich anerkannte bzw. staatlich genehmigte Berufsfachschule für Altenpflege oder Altenpflegehilfe?
 - 7.1 Wie viele Absolventinnen und Absolventen beendeten in den Abschlussjahren 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 in Bayern die Ausbildung in Altenpflege oder Altenpflegehilfe?
 - 7.2 Wie viele Schülerinnen und Schüler haben in den Ausbildungsjahren 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 in Bayern ihre Ausbildung in Altenpflege oder Altenpflegehilfe abgebrochen?
 8. Wie beurteilt die Staatsregierung die Ergebnisse zu den Fragen 1 bis 7 im Hinblick auf den bereits jetzt gegebenen Mangel an qualifizierten Kräften in der Altenpflege?
 9. Wie viele berufliche Schulen haben vom Pflegebonus profitiert, der im Bildungsfinanzierungsgesetz angekündigt wurde und als zusätzliches und weiteres Element der Schulfinanzierung für Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe bezeichnet wurde, und warum? Wie waren und sind die Auszahlungsmodalitäten? Wie viele Absolventen haben vom Absolventenbonus profitiert, der im Bildungsfinanzierungsgesetz für Absolventen beruflicher Schulen angekündigt wurde?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Die Listennummer 4 ist von der Abstimmung ausgenommen, da sie gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 5 beraten werden soll. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu Verfassungsstreitigkeiten und den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2 – Unruhe)

Wenn Sie sich beruhigt haben, kann ich fortfahren. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Januar 2014
(Vf. 2-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 45 des Bayerischen
Beamtengesetzes (BayBG) vom 29. Juli 2008 (GVBI S. 500, BayRS 2030-1-1-F),
zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 24. Juli 2013 (GVBI S. 450)
PII/G 1310.14-0002
Drs. 17/499

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ohne

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ der Abstimmung zugrunde zu legen.

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Januar 2014
(Vf. 1-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 57 Abs. 4 Nr. 3 des
Gesetzes über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung
in der freien Natur (Bayerisches Naturschutzgesetz – BayNatSchG) vom 23. Febr-
uar 2011 (GVBI S. 82, BayRS 791-1-UG), geändert durch § 2 Abs. 19 des
Gesetzes vom 8. April 2013 (GVBI S. 174)
PII/G 1310.14-0001
Drs. 17/500 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 10. Januar 2014
(Vf. 3-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 3 Abs. 1 des Gesetzes
über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden
(Finanzausgleichsgesetz - FAG), in der Fassung der Bekanntmachung vom
16. April 2013 (GVBI S. 210, BayRS 605-1-F)
PII/G 1310.14-0003
Drs. 17/501 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike
bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ENTH

Anträge

4. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Endlich handeln! – Situation von Asylsuchenden in Bayern verbessern
Drs. 17/49, 17/444 (A)

der Antrag wird gemeinsam mit TOP 5 beraten

5. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Martin Neumeyer, Judith Gerlach u.a. CSU
Asylsozialpolitik in Bayern – menschlich und modern
Drs. 17/61, 17/446 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zur Weiterentwicklung der bayerischen Asylpolitik
Drs. 17/63, 17/447 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Auswirkungen des Bildungsfinanzierungsgesetzes auf den Schulgeldausgleich für Schulen der Altenpflege und Altenpflegehilfe
Drs. 17/85, 17/511 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Bekämpfung von Cyberkriminalität
Drs. 17/96, 17/503 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haftbedingungen in Straubing und München
Verhandlungsunfähigkeit des in Augsburg angeklagten M.
Drs. 17/106, 17/509 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Aufklärung von Vorwürfen gegen die Justizvollzugsanstalten Straubing und München-Stadelheim
Drs. 17/111, 17/513 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Mit dem operationellen Programm zügig eine bestmögliche Förderung bayerischer Projekte aus den EU-Strukturfonds sicherstellen!
Drs. 17/133, 17/507 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Angemessene Finanzausstattung für die bayerischen Kommunen
Drs. 17/134, 17/494 (A)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Arbeitnehmerrechte sichern – Streit zwischen XXXLutz und Belegschaft schlichten!
Drs. 17/19, 17/496

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ermittlungen im Fall des Passauer Journalisten Hubert Denk
Drs. 17/88, 17/495 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherheitsanforderungen bei der geplanten Leistungserhöhung beim Atomkraftwerk Gundremmingen
Drs. 17/307, 17/435

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Streichung „geweihtagende Hirscharten“ von der „Liste gefährlicher Tiere“
Drs. 17/322, 17/493

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der den Antrag für erledigt erklärt hat

17. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Anmietung der Außenstelle des Heimatministeriums in Nürnberg
Drs. 17/382, 17/487

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

18. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Harald Güller u.a. und Fraktion (SPD)
Bericht zur BayernLB
Drs. 17/404, 17/488

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat